

## Linksjugend solid Schwerin protestierte gegen Bundeswehr an Schulen

Der Jugendverband der LINKEN, die Linksjugend solid, hat am 14. August 2010 gegen die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und der Bundeswehr protestiert. Die Vereinbarung regelt den Einsatz von Soldaten, die über die Sicherheitspolitik in Schulen referieren. Mit einem Transparent und Flyern informierte die Linksjugend solid in der Nähe des Bundeswehr-Karriere-Trucks beim Mecklenburg-Vorpommern-Tag. Alexander Lehmann, einer der Sprecher der solid-Ortsgruppe Schwerin, sagt hierzu: »Diese Ver-



einbarung lehnt unser Jugendverband entschieden ab. Die Bundeswehr hat in Schulen nichts zu suchen. Was in der Gesellschaft kontrovers diskutiert wird, muss auch in der Schule kontrovers behandelt werden. Dieses pädagogische Gebot kann durch Soldaten der Bundeswehr objektiv nicht umgesetzt werden.« Die Bundeswehr beschäftigte im Jahr 2009 bundesweit 94 Jugendoffiziere, die an Schulen tätig wurden und ins-

gesamt über 110.000 Schüler erreicht haben. »Friedenspolitische Organisationen können weder personell noch finanziell mithalten und sind dadurch massiv benachteiligt. Auch wenn die Jungoffiziere nicht offiziell für eine Tätigkeit in der Bundeswehr werben, stellt ihr Auftritt eine indirekte Werbung dar«, so Alexander Lehmann weiter.

Aus Sicht der Jugendlichen war sich die Bundeswehr nicht zu schade, die Menschen mit Spiel-

und Spaßgeräten für sich zu gewinnen. Auch mit dem Einsatz von Segways, die Jung und Alt testen konnten, sollten insbesondere junge Menschen angelockt werden. Sie sollten mit Ausbildungs-, Arbeits- und Studienplätzen für eine Tätigkeit in der Bundeswehr gewonnen werden.

»Über den tatsächlichen Alltag von Soldaten konnte man dagegen nur sehr wenig erfahren«, sagte der Sprecher der solid-Ortsgruppe Schwerin.

## Schwarz-Gelb einen heißen Herbst bereiten

### Brief der Bundesgeschäftsführung: Jetzt Aktionen gegen die Kürzungspläne vorbereiten!

Liebe Genossinnen und Genossen, im Herbst dieses Jahres entscheidet sich, ob es Schwarz-Gelb gelingt, die Politik der Umverteilung von Unten nach Oben fortzusetzen. Die Bundesregierung will mit ihrem Kürzungspaket vor allem Erwerbslose, Geringverdienende und Familien die Zeche für die Finanzmarktkrise zahlen lassen. Zugleich will die Bundesregierung mit ihrer, »Gesundheitsreform« die Bürgerinnen und Bürger noch stärker belasten und eine verknappte Kopfpauschale einführen. Und wenn im November der Bericht über die Lage älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt vorgelegt wird, werden wir den Bundestag aus diesem Anlass erneut über die Rente ab 67 abstimmen lassen.

Die Demonstrationen am 12. Juni, als 40.000 Menschen gegen das Kürzungspaket auf die Straße gegangen sind, waren ein guter Auftakt für weitere Proteste. Daran wollen wir anknüpfen. Der Parteivorstand hat dazu auf seiner Klau-

sur am 3. Juli beschlossen, dass wir gemeinsam mit den Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kirchen, globalisierungskritischen Initiativen sowie anderen Parteien und Organisationen Schwarz-Gelb einen heißen Herbst bereiten.

Es wird sicherlich kein Leichtes, die schwarz-gelben Kürzungspläne noch zu stoppen, doch die Chance ist da – dazu genügt schon ein Blick auf den desaströsen Zustand der Merkel-Westerwelle-Regierung. Mitentscheidend werden dabei aber auch unsere eigenen Aktivitäten als Partei und unsere eigene Mobilisierungsfähigkeit sein. Wir möchten Euch daher als Verantwortliche vor Ort bitten, Eure Planungen für Spätsommer und Herbst so auszurichten, dass den geplanten Protestaktionen – neben den in einigen Ländern anstehenden Wahlvorbereitungen – die höchste Priorität zukommt.

In einem ersten Schritt müssen wir verhindern, dass die Kürzungspläne der Bundesregierung nicht im Sommerloch verschwinden. Wir

schlagen Euch aus diesem Grund vor, nach Möglichkeit auch über den Sommer mit Aktionen auf die Auswirkungen der verfehlten Kürzungs- und Steuerpolitik der Bundesregierung aufmerksam zu machen. Deren desaströse Auswirkungen auf Schulen, Theater oder Schwimmbäder bieten hierfür vielfache Anknüpfungspunkte. Wir werden in der nächsten Woche in Berlin einen pressewirksamen Startschuss für weitere Aktionen unter dem Motto »Sozialkahl-schlag stoppen!« geben. Wir möchten Euch bitten, mit eigenen kreativen Aktionen vor Ort ebenfalls den Widerstand gegen den Sozialkahl-schlag zu organisieren. Wir schicken Euch dazu kommende Woche per Email ein komplettes Aktionspaket mit Aktionsleitfäden und weiteren Materialien. Eine aktuelle Flugblattvorlage könnt Ihr bereits auf unserer Aktionsseite im Internet unter [www.dielinke.de/politik/themen/sparpaket\\_und\\_krise/](http://www.dielinke.de/politik/themen/sparpaket_und_krise/) herunterladen. Passende Aufkleber und Plakate (zum

Beispiel das Motiv »Kommunen in Not« oder das Motiv »Reichtum besteuern« könnt Ihr wie gewohnt in unserem Online-Shop bestellen. Nutzt die Gelegenheit, um gemeinsam mit lokalen Gewerkschaftsgliederungen, Sozialverbänden, Kirchen, Initiativen und Vereinen Aktionen zu organisieren. Auch der ver.di-Bundesvorstand hat seine Gliederungen aufgerufen, gemeinsame Protestaktionen vor Ort zu organisieren.

Nach der Sommerpause wird das Kürzungspaket direkt in der ersten Sitzungswoche des Bundestags (13.-17. 9.) das medial bestimmte Thema sein. Am 14. September wird der Haushalt offiziell »eingebracht«. Lasst uns diese mediale Aufmerksamkeit nutzen, um auch vor Ort flächendeckend auf die unsozialen Auswirkungen der schwarz-gelben Politik aufmerksam zu machen.

Der 29. September wird dann ein erster Zwischenhöhepunkt der Proteste.

(Fortsetzung auf Seite 3)

## Das Wort zum Monat

Von  
Stefan Schmidt,  
Vorsitzender  
des Kreisvorstandes  
Schwerin der Partei  
DIE LINKE.



## Beginnen wir einen heißen Herbst

Im kommenden Monat wird der Deutsche Bundestag das von der Bundesregierung vorgeschlagene »Sparpaket« beraten. Dieses Paket soll vor allem bei denen sparen, die ohnehin kaum etwas haben. Egal, welches der Sparvorhaben wir betrachten: Elterngeld, Rentenversicherungsbeiträge, Heizkostenzuschuss... zum einen trifft es die Ärmsten in unserer Gesell-

schaft direkt und darüber hinaus trifft es die Kommunen, deren Haushalte aufgrund zahlreicher Umverteilungen durch Bund und Länder ohnehin überlastet sind. Die ständig steigenden Sozialausgaben sorgen inzwischen dafür, dass kommunale Selbstverwaltung zur Pharse verkommt.

Sprichwörtlich nimmt also die Bundesregierung – der immer weiter wachsenden Anzahl armer und ärmster Menschen in unserem Land – das letzte Hemd. Um dies zu verdeutlichen wird im Internet auf der Seite [compact.de](http://compact.de) zu einer bundesweiten Aktion aufgerufen: Geben Sie ihr letztes Hemd. Die von compact und den unterstützenden Gewerkschaften, Vereinen und Initiativen ins Leben gerufene Aktion soll zum Beginn der Debatte über das Sparpaket verdeutlichen, wie vielen Menschen das letzte Hemd genommen werden soll. Dazu wird auf der Wiese vor dem Bundestag eine Wäscheleine gespannt an der die letzten Hemden hängen werden. Diese können natürlich mit Botschaften an die regierenden Par-

teien bemalt sein, die selbst diese letzten Hemden im Endeffekt an Bäcker und andere Krisengewinnler verschern wollen.

Dies ist, denke ich, eine Aktion, die wir als Partei für einen guten Auftakt in den heißen Herbst unterstützen sollten. Wir möchten daher auch in Schwerin die letzten Hemden von Hartz-IV-Betroffenen, Arbeitslosen, Wohngeldbeziehern und Rentnern sammeln. Bis zum 13. September müssen diese Hemden bei compact sein. Daher sollten wir unsere letzten Hemden bis zum 6. September in unserer Geschäftsstelle in der Martinstraße 1/1a zusammentragen. Ich werde mich bemühen, dass diese Hemden, bevor sie nach Berlin »verschleppt« werden, auch in Schwerin noch einen öffentlichkeitswirksamen Auftritt haben. Dies könnte ein kreativer Auftakt für hoffentlich zahlreiche Aktionen in einem heißen Schweriner Herbst werden. Ich hoffe auf Eure zahlreiche Unterstützung!

Mit solidarischen Grüßen  
Stefan Schmidt

## Sternfahrt für den Frieden 5. September 2010

Mit der Sternfahrt für den Frieden wird eine Tradition unserer Partei gepflegt, ein öffentliches Bekenntnis zum Antifaschismus anlässlich des Weltfriedenstages abzugeben.

Die Sternfahrt findet unter dem bewährten Motto statt »Früh aufstehen gegen Krieg und Gewalt für Toleranz und Antifaschismus!« und führt erneut die Teilnehmer aus den Landkreisen und Kreisverbänden Ludwigslust, Parchim und Schwerin zur Mahn- und Gedenkstätte Wöbbelin.

Wir wollen an diesem Tag der Opfer des Faschismus gedenken.

Wir wollen erinnern und mahnen. Wir wollen ein Zeichen gegen Krieg und Gewalt, gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

**Treff und Abfahrt** der Teilnehmer aus Schwerin um 8.00 Uhr am Lenindenkmal

**Ablauf der Veranstaltung** an der Gedenkstätte in Wöbbelin

**11.00 Uhr:** Eintreffen der Teilnehmer per Fahrrad oder Auto

**11.00 Uhr:** Eröffnung der Veranstaltung anlässlich des Weltfriedenstages an der Gedenkstätte durch Marko Schmidt, Kreisvorsitzender Ludwigslust

**11.15 Uhr:** Gedenkrede

**11.30 Uhr:** Niederlegung von Blumengebinden

**11.45 Uhr:** Präsentation eines Schülerprojektes im neuen Sport- und Gemeindezentrum mit anschließender Diskussion  
**12.45 Uhr:** Imbiss, Möglichkeit der Besichtigung von Schülerprojekten in den Räumen der Gedenkstätte

Alle Genossinnen und Genossen sowie Sympathisanten und Mitglieder von Vereinen und Verbänden sind zur Teilnahme an dieser Sternfahrt eingeladen.

### Veranstaltungsankündigung

#### Dr. Martina Bunge zu Gast in Schwerin

Auf Einladung des Kreisvorstandes Schwerin wird die Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE Martina Bunge am 22. September 2010 um 18.00 Uhr in der Kantine der Gaststätte »Ritterstuben« unser Gast sein.

Gegenstand dieser Veranstaltung sind die beabsichtigte Gesundheitsreform der Bundesregierung, die den Namen nicht verdient, und die Alternativen der LINKEN-Fraktion im deutschen Bundestag.

Anlässlich der 850-Jahr-Feier der Landeshauptstadt Schwerin beteiligten wir uns am Schweriner Festumzug. In Abstimmung mit dem Neuen Forum zogen wir mit dem Transparent »Bänkster in die Produktion« im Zug mit. Wir erhielten Applaus und regen Zuspruch von den Passanten aber auch von anderen Mitwirkenden am Festumzug. Auch im Nachhinein erfuhren wir viel Zustimmung – quer aus der Bevölkerung von einfachen Bürgern, Lehrern, Ärzten sowie Bankangestellten, und auch politisch kam die Zustimmung von Mitgliedern diverser Parteien von CDU bis DIE LINKE.

In einem Nachgespräch mit dem

## Große Zustimmung für unser Banner



»Bänkster in die Produktion« – unser Transparent im Festumzug

Neuen Forum zeigten sich alle Beteiligten freudig überrascht von der hohen Zustimmung dieses Banners aus der Bevölkerung. Unsere Aktion war ein großer Erfolg!

Eine Woche später waren wir mit dem Banner in Berlin zur Demonstration »Wir zahlen nicht für eure Krise«. Auch hier erfuhren wir ähnliche Zustimmung wie in Schwerin. Unser Transparent war in dortigen regionalen Zeitungen, und japanische Filmjournalisten haben das Banner gefilmt und ein Interview aufgenommen. Offensichtlich haben wir mit unserem Transparent den Nerv der Zeit getroffen.

Dirk Rosehr, Torsten Müller

## Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

ursprünglich sollte die Regionalkonferenz zur Programmdebatte der Nordländer zwar in Schwerin stattfinden, aber leider hat sich in unserer Stadt kein Raum gefunden, der die erwartete Teilnehmerzahl fassen kann. Daher findet die Konferenz nun in Rostock statt und ich hoffe unser Kreisverband wird

sich zahlreich an der Veranstaltung beteiligen. Wer Interesse hat an der Veranstaltung teilzunehmen und eine Mitfahrgelegenheit sucht oder Plätze zum mitfahren anbieten möchte, kann sich in der Kreisgeschäftsstelle melden. Wir versuchen die vorhandenen Plätze dann zu koordinieren.

Viele liebe Grüße

**Stefan Schmidt**

## Liebe Mitstreiter,

anbei findet Ihr die Einladung zur Regionalkonferenz zum Parteiprogramm, 18. September 2010, Rostock.

Bitte macht die Veranstaltung in Eurem Wirkungskreis bekannt und werbt für eine Teilnahme.

Danke und Gruß

**Kay Spieß**

Landesgeschäftsführer und Presse-

sprecher der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern  
Martinstraße 1/1a - 19053 Schwerin  
Tel.: 0385/ 760380 - Fax: 0385/ 7603819

Mobil: 0170/ 5165281 - Fax Mobil: 0170/ 5165281

E-Mail: [info@die-linke-mv.de](mailto:info@die-linke-mv.de) <<mailto:info@die-linke-mv.de>>

Internet: [www.die-linke-mv.de](http://www.die-linke-mv.de) <<http://www.die-linke-mv.de>>

# Einladung

## zur Regionalkonferenz der Landesverbände Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin

Die Partei DIE LINKE hat mit der Debatte um ihr Grundsatzprogramm begonnen, das sie im Herbst 2011 beschließen will. In ersten Stellungnahmen zum Entwurf ist sowohl von »großen Fortschritten« und »einem politischen Text mit weltanschaulicher Dimension« die Rede als auch von »Einseitigkeit«, »Schwarz-Weiß-Malerei« und »unbefriedigender Zukunftsorientiertheit«. Schon daraus wird sichtbar, dass eine breite und gründliche Programmdebatte spannend werden kann. Und nötig ist sie wohl auch. Im Mittelpunkt einer ersten Ost-

West-Regionalkonferenz sollen Fragen der Kapitalismuskritik und der gegenwärtigen Krise ebenso erörtert werden, wie der tiefgreifende Wandel der Arbeitsgesellschaft. Wir wollen gemeinsam darüber nachdenken, was wir von »guter Arbeit« erwarten, wie sie aussehen soll und ob ein bedingungsloses Grundeinkommen helfen könnte. Aber auch einen Blick in die Zukunft wollen wir wagen. Wie soll er aussehen – der Sozialismus im 21. Jahrhundert?

Wir suchen Fragen, Antworten, Mitstreiterinnen und Mitstreiter! Die Debatte ist eröffnet – eingeladen sind alle!

**18. September 2010;  
11.00 bis 18.00 Uhr  
Stadthalle Rostock, Südring  
90, 18059 Rostock**

**11 Uhr:** Prof. Dr. Dieter Klein

(Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung)

»Die Welt in der wir leben« – Vortrag zu Fragen der Kapitalismusanalyse und der aktuellen Krise. – Offene Debatte (Redezeit max. 7 Minuten)

**13 Uhr:** Mittagspause

**14 Uhr:** Podiumsdiskussion zum Thema »Zwischen guter Arbeit und bedingungslosem Grundeinkommen – der tiefgreifende Wandel der Arbeitsgesellschaft«

mit Helmut Holter (Fraktionsvorsitzender im Landtag Mecklenburg-Vorpommern), Katja Kipping (stellvertretende Parteivorsitzende), Horst Schmitthener (IG Metall) und Margareta Steinrücke (Arbeitnehmerkammer Bremen)

Moderation: Konstanze Kriese (alle angefragt)

**16 Uhr:** Thesen zum Thema »Sozialismus im 21. Jahrhun-

dert – Demokratischer Sozialismus« von Kerstin Kaiser (Fraktionsvorsitzende im Brandenburger Landtag) und Christoph Spehr (Landessprecher in Bremen)  
Offene Debatte (Redezeit max. 7 Minuten)

### Anfahrtshinweise

Mit dem Auto:  
Aus Richtung Berlin über A19, Ausfahrt Kreuz Rostock auf A20, Ausfahrt Rostock-Südstadt, Rostock-Südstadt/Niendorf, Südring rechts.

Aus Richtung Hamburg über A20, Ausfahrt Rostock-Südstadt, Rostock-Südstadt/Niendorf, Südring rechts.

Mit dem Zug:  
Vom Rostocker Hbf. zu Fuß Ausgang Süd (ca. 5 min).  
Weitere Informationen erhältlich bei den jeweiligen Landesverbänden der LINKEN.

## Schwarz-Gelb einen heißen Herbst bereiten

(Fortsetzung von Seite 1)

Für diesen Tag hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) zu einem europäischen Aktionstag mit gemeinsamer Demonstration in Brüssel aufgerufen. In Deutschland soll es in vielen Regionen kleinere und größere Aktionen geben. Attac schlägt für diesen Tag einen »Bankenaktionstag« vor. Bringt Euch nach Möglichkeit auch hier vor Ort ein.

Für den Zeitraum 24. Oktober bis 13. November planen die Gewerkschaften Aktionswochen – von Betriebsversammlungen bis hin zu öffentlichen Aktionen während der Arbeitszeit. Sofern möglich, sollten wir die Kolleginnen und Kollegen dabei unterstützen und dort als LINKE Präsenz zeigen. Die Planungen sollen im September konkretisiert werden. Weitere Informationen erhaltet Ihr bei Euren Gewerkschaften vor Ort.

Höhepunkt der Herbstproteste werden regionale Demonstrationen der Gewerkschaften in der ersten November-Hälfte sein, voraussichtlich vor allem am 13. No-

vember. Für Nordrhein-Westfalen, Bayern, Niedersachsen-Bremen und Baden-Württemberg gibt es dazu schon konkrete Planungen. Wir rufen gemeinsam mit dem Bündnis »Wir zahlen nicht für eure Krise!« dazu auf, an diesen Demonstrationen teilzunehmen. Die Mobilisierung zu diesen Demonstrationen muss von Anfang an zentraler Bestandteil aller Aktivitäten unserer Partei in den kommenden Wochen und Monaten sein. Die Verabschiedung des Bundeshaushalts 2011 im Bundestag ist schließlich in der Woche vom 22. bis 26. November geplant. DIE LINKE wird in dieser Woche den Protest von der Straße ins Parlament tragen. Zudem gibt es Überlegungen, die abschließenden Beratungen im Bundestag außerparlamentarisch zu begleiten.

Unsere Alternativen zur schwarz-gelben Kürzungspolitik sind bekannt:

- Statt des Kürzungspakets und der verfehlten Steuerpolitik fordert DIE LINKE eine Verbesserung der Einnahmesituation von Bund, Ländern und Gemeinden durch die sofortige Einführung einer Milliardensteuer, eine Bankenabgabe und eine Finanztransaktionssteuer

sowie die Rücknahme der Steuermäßigungen für die Hotellobby.

- Statt der einseitigen Belastung der Versicherten und einer verkappten Kopfpauschale fordert DIE LINKE die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung des Gesundheitssystems und die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung.

- Statt Rentenkürzungen und Altersarmut fordert DIE LINKE die Rücknahme der Rente ab 67 und eine gute Rente für alle Erwerbstätigen.

Lasst uns alle Kraft darauf konzentrieren, dass wir die Bürgerinnen und Bürger im Lande dazu ermutigen, mit uns für ihre Interessen aktiv zu werden. Dazu bedarf es einer großen Kraftanstrengung der gesamten Partei. Angesichts der Vielfalt der Themen sind eine solche Konzentration und die Bündelung aller Protestaktivitäten unter einem Dach notwendig. Auch die Aktivitäten im Rahmen der ursprünglich eigenständig konzipierten Gesundheitskampagne werden sich entsprechend in die Gesamtdramaturgie einreihen: Der Kampf gegen die verkappte Kopfpauschale wird einer der drei zentralen Aktionsschwerpunkte im Kampf gegen die

schwarz-gelbe Kürzungspolitik.

Wir werden Euch in den kommenden Wochen regelmäßig mit aktuellen Informationen, konkreten Anregungen für Aktionen und Material versorgen – angefangen mit Materialien zum Thema Gesundheitspolitik, die in den kommenden Tagen versandt werden. Auch unsere Bundestagsfraktion wird uns natürlich wieder mit parlamentarischen Initiativen und geeignetem Material unterstützen.

Umgekehrt freuen wir uns, wenn Ihr uns über Eure Aktionen informiert und uns dazu Eure Berichte oder Bilder schickt. Diese wollen wir auf unserer Aktionsseite im Internet veröffentlichen.

Natürlich könnt Ihr Euch mit Fragen und Anregungen jederzeit an unsere Bundesgeschäftsstelle wenden ([krisenprotest@die-linke.de](mailto:krisenprotest@die-linke.de) oder 030/24009-345). Wir freuen uns auf Eure Rückmeldungen.

Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass die schwarz-gelben Sozialkassenschlagpläne nicht im Sommerloch untergehen und wir der Bundesregierung einen heißen Herbst bereiten!

Mit solidarischen Grüßen  
**Caren Lay und Werner Dreibus,**  
Bundesgeschäftsführer

# Häftlingskleidung von Bernhard Quandt an Gedenkstätte übergeben

Am 5. August übergab der Vorsitzende der VVN / BdA Westmecklenburg-Schwerin, Michael Strähnz, der KZ Gedenkstätte Dachau die Häftlingskleidung von Bernhard Quandt (1903–1999).

Bernhard Quandt war Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands und wurde 1932 Landtagsabgeordneter in Mecklenburg-Schwerin. Als die Nazis die politische Macht 1933 bekamen, wurde Quandt verhaftet und war fast durchgängig in faschistischer Haft. 1940 wurde er vom KZ Sachsenhausen ins KZ Dachau gebracht. Im Außenlager Lochau erlebte er am 7. Mai 1945 die Befreiung vom Faschismus.

Nach seiner Rückkehr nach Mecklenburg wurde er Landrat im Kreis Güstrow und 1948 Landwirtschaftsminister in Mecklenburg-Vorpommern. Sein Name ist stets mit der Bodenreform von 1945 verbunden. Unter dem Motto »Junkerland in Bauerhand« wurden in Mecklenburg unter seiner Leitung die Ländereien von 164 Gütern der Großgrundbesitzer an landarme Bauern, Landarbeiter, sowie an Flüchtlinge verteilt. Jede Familie erhielt, je nach Bodenqualität fünf bis zehn Hektar Land als sein Eigentum.



1951 wurde Quandt Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Das blieb er bis zur Auflösung der Länder 1952.

Von 1952 bis 1974 arbeitete er bis zu seinem Ruhestand als erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Schwerin.

Die VVN/BdA Westmecklenburg-Schwerin hat die Häftlingskleidung an die KZ-Gedenkstätte Dachau verliehen, um so der mahnenden deutschen Geschichte zu helfen.

Michael Strähnz sagte bei der Übergabe: »Der Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 ist für die Arbeit der VVN/BdA auch heute gültig. Die befreiten Häftlinge schworen damals:

»Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«

Von diesem Ziel ist unser heutiges Deutschland noch weit entfernt. Die Häftlingskleidung von Bernhard Quandt kann mahnend beitragen, dieses Ziel zu erreichen. Aus diesem Grunde übergeben wir die Häftlingskleidung, als Symbol der von den Nazis geschundenen Menschen, der KZ-Gedenkstätte Dachau.«

## Mahnwachen gegen Naziladen

Schwerin hat seit einiger Zeit ein sehr trauriges Highlight mehr. In der Tonsberg-Botique in der Lübecker Straße wird Bekleidung angeboten, mit der sich Rechtsextreme identifizieren und sie als Er-

kennungssymbol untereinander verwenden. »Keine Geschäfte mit Nazis« forderte daher das Schweriner Bürgerbündnis für Demokratie und Menschlichkeit unter Moderation von Heiko Lietz und über 50 Menschen folgten dem Aufruf zur friedlichen Mahnwache vor dem Ladengeschäft. Darunter auch der Kreisvorsitzende der LINKEN.

Schwerin, Stefan Schmidt und Julia Romanski, die Vertreterin der LINKEN im Bürgerbündnis. Auch die Linksjugend [solid] war mit mehreren Mitstreitern vertreten, genau so wie der Flüchtlingsrat, die Jusos, der DGB und natürlich interessierte Schwerinerinnen und Schweriner.

Insgesamt haben alle Beteiligten

die Mahnwache als Erfolg gesehen. Es ist schön mitzuerleben, wie sich der friedliche Protest in Schwerin formiert, denn tatsächlich macht einkaufen ohne Nazis viel mehr Spaß. Vielleicht sollte der Vermieter der Botique die Idee eines Jugendlichen Demonstranten aufnehmen. »Sch... Naziladen, ein Skaterladen wäre viel besser.«

## **kommentiert**

## 60 Jahre Geschichtsverdrehung und Revanchismus

Vor 60 Jahre wurde die »Charta der Vertriebenen« verabschiedet, ein strategisches Papier der westdeutschen Vertriebenenverbände. Erika Steinbach würdigt in diesem Zusammenhang den Verzicht auf »Rache und Vergeltung« der im zweiten »Weltkrieg am schwersten Betroffenen«. Hier sind nicht etwa die Millionen Eingekerkerten und Mordopfer der Nazis gemeint, sondern diejenigen, die Vertreibung, Zwangsarbeit und Völkermord zusahen und nach den Beschlüssen der Alliierten in Jalta selbst zu Vertreibungsoffern wurden. Für die geschichtlichen Umstände dieses Ereignisses hatte sich

der Bund der Vertriebenen nie interessiert. Der Rassenvernichtungskrieg der Wehrmacht gegen die Bevölkerung Osteuropas und der Holocaust wurden verschwiegen oder verharmlost. Noch bis in die neunziger Jahre stellte Vertriebenen-Vorsitzende Erika Steinbach trotz 2+4-Vertrag und der völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Einigungsvertrag die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges wiederholt in Frage. Auch verschwiegen Steinbach und die Charta-Würdiger die nazistische Vergangenheit zahlreicher Unterzeichner. Zum Autorenkreis der Charta gehörte der Sprecher der Bu-

chenlanddeutschen Landsmannschaft SS-Mann Rudolf Wagner. Wagner hatte als SD-Beauftragter der Einsatzgruppe »Serbien« auch am Massenmord an Juden mitgewirkt. Unterzeichner war auch SS-Mitglied Axel de Vries, der als »Sonderführer« bei der Partisanenbekämpfung in Weisrussland tätig und mindestens an einer Judenvernichtungsaktion beteiligt war.

Ohnehin scheint das Interesse des Bundes der Vertriebenen an der personellen Verquickung seiner Führung mit Nazi-Funktionären nur gering zu sein. Erst kürzlich erhoben Vertreter von SPD und Grünen Revanchisten-

vorwürfe gegen die stellvertretenden Mitglieder im Stiftungsrat »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« Saenger und Tölg. Bereits zu Jahresbeginn berichtete der »Spiegel« über eine geschönte Studie des Instituts für Zeitgeschichte zur braunen Vergangenheit von Vertriebenenfunktionären. Betreut hatte die Studie Manfred Knittel, Direktor der Vertriebenenstiftung. Mit solch personeller Kontinuität und Geschichtsvergessenheit lassen sich Versöhnungsabsichten nur schwer vermitteln und die Bedenken der deutschen Nachbarn kaum ausräumen.

**Axel Holz**



Helmut Holter und die Kinder der Kita »Waldgeister«

## Unsere Zukunft im Schloss

Im Rahmen des bundesweiten Vorlesetages hatte Helmut Holter den Kindern der Kindertagesstätte

»Waldgeister« versprochen, diese in das Schloss einzuladen. Das Versprechen wurde am 24. Juni eingelöst. Mit einem Petermännchenbus wurden die Kinder abgeholt und nach einer Stadtrundfahrt wurde das Schloss erobert. Im Ple-

narsaal wurde die Ministerbank gestürmt und einheitlich beschlossen, dass es ab jetzt keinen Mittagschlaf mehr gibt. Nachdem sich die Kinder mit Keksen und Kakao gestärkt hatten, sangen sie noch ihr Einschulungslied vor. R.J.

## Sommer, Sonne und Fußball

Das Jugendforum Sammelsurium, der Zusammenschluss der politischen Jugendorganisationen in der Landeshauptstadt Schwerin, hatte am 10. Juli zum Fußballturnier unter dem Motto »Kicken gegen Rechts« eingeladen. Einzig die Junge Union war in Lankow nicht dabei. Verwundert hat dies keinen, denn so ernst scheinen sie es mit dem Thema Rechtsextremismus nicht zu nehmen. Aus Sicht der Jungen Union stellt der Linksextremismus (auch der der LINKEN) die größere Gefahr dar.

Sei es drum, zehn Mannschaften starteten beim Fußballturnier bei sommerlichen Temperaturen. Es war nicht leicht, bei der Hitze die vielen Spiele durchzustehen. Doch die jungen Leute von der Linksjugend [’solid] aus Schwerin schlugen sich prächtig. Vielleicht lag es ja auch an der Unterstützung aus dem Kreisvorstand. Kreisvorsitzender Stefan Schmidt mischte auf dem Feld aktiv mit und sein Stellvertreter, Peter Brill, versorgte die



Die Mannschaft von [’solid]

Spieler mit drei Kilogramm Obst und viel Wasser. Für gute Stimmung hatten die Mitglieder der Mannschaft selbst gesorgt, und so sah es dann auch bei den Spielen aus. Unter den politischen Vereinen belegten sie den besten und im Gesamtergebnis den sechsten Platz. Ein Grund

zur Freude auf jeden Fall. Denn nicht nur die Platzierung gegenüber den anderen politischen Mannschaften gab Grund zur Freude. Allein dass so viele Mannschaften der Einladung zum »Kicken gegen Rechts« gefolgt sind, bewerteten die Organisatoren als großen Erfolg.

## Das Sommermärchen ist der Beginn der nächsten Horrorshow

»Während in den USA die konjunkturelle Erholung ins Stocken geraten ist und die letzten Zahlen aus China auf eine Abkühlung der überhitzten Wirtschaft hindeuten, erfreut man sich in Deutschland an den warmen Zahlen des vergangenen Quartals. Das ist kurzsichtig. Die Zusammensetzung des hohen Wachstums wird die Ursache für die erneute Krisenverschärfung von morgen sein. Schuld daran ist die einseitige Orientierung auf den Export«, kommentiert Sahra Wagenknecht, wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die jetzt vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Schnellschätzung für das BIP im 2. Quartal.

Sahra Wagenknecht weiter: »Den hohen Exportüberschüssen Deutschlands stehen in anderen Ländern Defizite gegenüber. Zum Beispiel ist in den USA im Juni das Handelsbilanzdefizit auf den höchsten Stand seit zwei Jahren geklettert und bremst dort die wirtschaftliche Erholung.

Die politische und wirtschaftliche Elite in Deutschland ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass sich die weltweiten Ungleichgewichte weiter erhöhen. Hartz IV sowie die Zunahme von Leiharbeit und geringfügiger Beschäftigung haben den Druck auf die Löhne verschärft. Im Ergebnis sind die durchschnittlichen Reallöhne in den letzten Jahren sogar gesunken. Inzwischen arbeitet jeder fünfte Deutsche unterhalb der Niedriglohnschwelle (IAQ-Report 2010-06). Und das, obwohl die Produktivität und damit die Wettbewerbsfähigkeit immer weiter zunehmen. Wie die letzten Monate gezeigt haben, ist ein solches Verhalten auch dazu geeignet, die Eurozone zu zerstören.

Von einer solchen Politik profitiert nur eine Minderheit in Deutschland. Die Polarisierung der Einkommen nimmt immer weiter zu (DIW Wochenbericht 24/2010). Die Mehrheit der Menschen im Inland leidet unter der aggressiven Exportorientierung genauso wie die Bevölkerung in den Ländern unserer Handelspartner. Deshalb fordert DIE LINKE die Einführung eines Mindestlohns von 10 Euro, die Anhebung des Arbeitslosengeld II auf 500 Euro und ein Zukunftsprogramm von 125 Milliarden Euro jährlich.«

# Faire Löhne statt Geldgeschenke für Unternehmen!

Jede(r) fünfte deutsche Arbeitnehmer(in) arbeitet für einen Niedriglohn. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ). Und das auf einem Lohnniveau, das in anderen europäischen Ländern schlicht ungesetzlich wäre. In den Niederlanden, Belgien, Irland, Frankreich und Luxemburg liegen die Lohnuntergrenzen zwischen 8,41 Euro und 9,73 Euro. Im Vergleich dazu

verdient eine Friseurin in Mecklenburg-Vorpommern stellenweise unter 3 Euro in der Stunde. Seit der Einführung von Hartz IV sind über 50 Milliarden Euro Zuschüsse in den Niedriglohnsektor geflossen. Die Geldgeschenke an Unternehmen sind ökonomischer Wahnsinn und eine Verschwendung von Steuergeldern. Mit den Zuschusszahlungen hat die Bundesregierung dafür gesorgt, dass die Unge-

rechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt weiter gewachsen und die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinandergegangen ist. CDU/CSU/FDP fördern seit Jahren ein System, welches Lohndumping von Unternehmerseite stützt. Diese Klientelpolitik muss aufhören und Platz machen für einen flächendeckenden Tariflohn. M-V steht am unteren Ende der Einkommensleiter. Im Bundes-

durchschnitt liegt das Jahreseinkommen bei knapp 19.000 Euro, in M-V bei nicht einmal 15.000. Im Vergleich dazu verdient ein(e) durchschnittliche(r) Arbeitnehmer(in) in Bayern über 30.000 Euro. Vor allem in M-V wurden Unsummen in die Subventionierung von Löhnen gepumpt. Damit muss endlich Schluss sein!

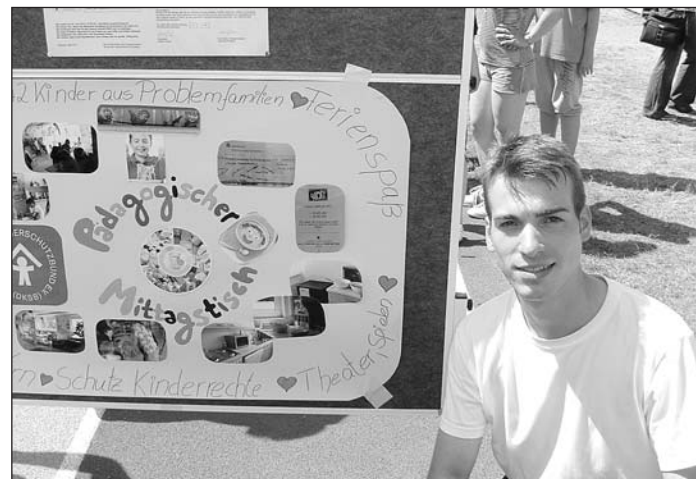
**Steffen Bockhahn**, Landesvorsitzender der LINKEN in M-V



Mehr als 7000 Euro sind bei dem Spendenlauf von Schülern des Fachgymnasiums Wirtschaft, Gesundheit und Soziales und den Auszubildenden der Berufsschule Wirtschaft und Verwaltung zusammengekommen. Die Jugendlichen suchten sich Sponsoren, die einen bestimmten Betrag pro gelaufener Runde spenden. Neben vielen Firmen und Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow, Helmut Holter (er unterstützte eine Läuferin und einen Läufer), Kreisvorstandsmitglied und Stadtvertreter André Walther, welche zusammen 600 Euro erliefen. Der Erlös wird zu gleichen Teilen dem Kinderschutzbund für den pädagogischen Mittagstisch, der Schulwerkstatt »Fit for Life« und dem Förderverein der Berufsschule übergeben. **R.J.**

Die Übergabe der Spendenschecks. Bild unten: Läufer André Walther.

## Laufen für eine gute Sache



## Kaffeeklatsch in der Landesbibliothek

Ende Juni führte Angelika den letzten Kaffeeklatsch vor der Sommerpause durch. Schon lange hatte sie die Idee, der Landesbibliothek Mecklenburg-Vorpommern einen Besuch abzustatten. Nicht nur der leitende Bibliotheksdirektor Dr. Frank Pille, sondern auch der Leiter des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege Dr. Michael Bednorz freuten sich über die Gelegen-



## Zum Kreisparteitag der CDU

Erklärung von André Walther für die Fraktion DIE LINKE in der Stadtvertretung

Es ist erfreulich, zu lesen und zu hören, wenn die Schweriner Christdemokraten konstruktiv über die Zukunft Schwerins diskutieren. Jedoch sind die beigetragenen Sichtweisen zur Schwimmhallenproblematik Schwerins einmal mehr vollgepackt mit Widersprüchen.

Auf der einen Seite ein vielseitiges, bezahlbares und finanziertes Bürger- und Vereinsschwimmen zu fordern und auf der anderen Seite eine Privatisierung der Hallenbetreuung zu erwägen entzieht sich der Ernsthaftigkeit dieses hochpolitischen Themas.

Genauso die OB aufzufordern, den Haushalt zu konsolidieren und seine »Hausaufgaben zu machen« und im nächsten Atemzug steuerliche Begünstigungen für bestimmte Gewerbe zu verlangen – das ist wahrhafter Populismus! Die Fraktion DIE LINKE in der Schweriner Stadtvertretung fordert die CDU auf, nicht am Bürger vorbeizudiskutieren und den Druck auf das Innenministerium mit zu unterstützen. Die Landeshauptstadt ist so wie viele andere Städte unterfinanziert. Weitreichende Einsparungen im sozialen Bereich innerhalb der Stadt würde das Aus für viele bürgerschaftliche Strukturen bedeuten.

heit, den Teilnehmern am Kaffeeklatsch ihre Einrichtungen vorzustellen. Als Höhepunkt waren extra für diese Veranstaltung in einer beleuchteten Glasvitrine besonders wertvolle alte Schriften ausgestellt. Anschließend gab es eine Führung durch die Bibliothek und Möglichkeit, die Ausstellung über den Landesrabbiner Samuel Holdheim zu besuchen.

Angelika Gramkow im Gespräch mit Dr. Frank Pille und Dr. Michael Bednorz (v.r.)

# Aufklärung oder Obskurantismus?

Diese Frage muss sich Peter Brill, stellvertretender Kreisvorsitzender, nach seiner Erwidern auf meinen Leserbrief im OB vom Juni schon gefallen lassen. Auch, dass er seine Position gegen den Antikommunismus nicht in die Verteidigung seiner Klienten unter bekommt, sondern als Fußnote strapazieren muss, wirft Licht ins Dunkle seiner Logik. Ich wollte mit ihm weder über Wein in alten Schläuchen noch über den Epochenbegriff diskutieren, sondern ich habe das Problem aufgeworfen, wie es möglich sei, dass die politische Ausrichtung der Partei in Rostock auf dem Bundesparteitag nicht durch die besseren Argumente, sondern eher durch die konsequenteren Strippenzieher hinter den Kulissen – wie Peter Ritter behauptet – geschah? Eine ungeheuerliche Behauptung, aber wo bleiben die Beweise und wo die besseren Argumente von Peter Ritter und Peter Brill? Das scheinbar beste Argument, die Ideologie von H. Holter ist eben in Rostock nicht durchgekommen: seine antikommunistische DDR-Hetze als Grundlage »um an die Regierung

zu kommen«, sein Pragmatismus, der der Beliebigkeit alle Türen öffnet und die Glaubwürdigkeit der Partei ruiniert sowie seine Diffamierung der MarxistInnen durch den Vorwurf von der Reinen Lehre. Peter Brill stellt mehrfach die Frage nach der Aktualität der Debatte über Holters Auffassungen. Er sagt, er kenne die Antwort nicht und sie interessiere ihn auch nicht ...

Übrigens hier Marx eingeschoben: *Wo keinerlei Interesse ist auch keinerlei Bewegung*. Und ich denke, die Debatte über die Holtersche Ideologie wird ihn und andere noch sehr bewegen. Der Träger dieser Ideologie soll bester Hoffnungsträger der Landesorganisation sein, aber der Rostocker Bundesparteitag hat andere ideologische Auffassungen verfasst. Peter Brill kann mich nicht mit dem Landesparteitag in Ludwigslust disziplinieren, weil ich mich auf die ideologische Ausrichtung des Bundesparteitags in Rostock stützen werde. Das dieser P. Ritter und anderen nicht in den Kram passt, wurde von ihnen glaubhaft zum Ausdruck gebracht. Aber

auch ein großer Teil der Basis wie Peter Brill selbst bescheinigt, attackiert Holters Gedankenwelt. Besonders die Konferenz der Basisorganisationen in Grimmen müsste nicht nur beiden noch schwer im Magen liegen. Und da soll die Debatte nicht aktuell sein? Und wir stehen voll in der Programmdebatte. Und da soll der Kampf gegen Antikommunismus in Form der DDR-Hetze und gegen andere einer sozialistischen Partei wesensfremden Richtungen nicht aktuell sein? Helmut Holter soll auch in der Auseinandersetzung gelernt haben. Was? bleibt durch den Erwidrer im Dunklen. Holter hat keine wesentlichen Veränderungen öffentlich vorgenommen. Das zeigt auch sein Angriff auf den Ministerpräsidenten als dieser zaghaft nicht alles für schlecht an der DDR befand. Das war die Zeit als Peter Brill und andere die Debatte über Holters Position schon weitgehend abgewürgt hatten. Mir sind drei Leserbriefe, die in aller Schärfe die Positionen von Holter verurteilten, bekannt, die deshalb nicht im OB gedruckt wurden. Die Debatte wurde durch Beschluss

beendet. Dies war die Mitteilung durch Peter Templin, Geschäftsführer. Doch meine Genossen, das OB ist unsere Zeitung und bedarf keiner Zensur! Durch Peter Brill erfahren wir in der Erwidern »zielgeführt«, wie er gerne sagt, nur die halbe Wahrheit. Sonst würde er uns nicht z. B. die drei Briefe verschweigen. Ein bisschen Manipulation schadet nicht, wenn sie zum Ziel hat, die eigene opportunistische Position durchzusetzen. Auch mein Leserbrief sollte nach dem Willen und fadenscheinigen Begründungen der führenden Genossen des Kreisvorstandes nicht erscheinen. Erst nachdem ich protestierte und den angefügten Leserbrief von Genossen Torsten Schlutow aus der Parteizeitung »Klartext« vom 3. 5. 2010 ([www.dielinke-pds-baddoberran.de](http://www.dielinke-pds-baddoberran.de)), der Helmut Holter sehr aufschlussreich verteidigt sowie beispielsweise Egon Krenz einen rechtmäßig verurteilten Verbrecher gegen die Menschlichkeit nennt, zurücknahm, wurde mein Brief mit der sofortigen Erwidern von Peter Brill veröffentlicht. Wenn es um Aufklärung geht, muss sie so gefürchtet werden?

**Karl Scheffsky**, Schwerin

# Der Feind in den eigenen Reihen?

Beim Lesen des Briefes von Karl Scheffsky wurde mir eines deutlich: Der Feind steht offenbar wieder einmal in den eigenen Reihen. Deshalb ist es offensichtlich auch nicht notwendig, über inhaltliche Fragen zu diskutieren, sondern wir versuchen erst einmal die demokratisch von unserer Partei gewählten Genossinnen und Genossen zu demontieren, weil sie (vielleicht auch nur vor langer Zeit) einen Satz gesagt haben, der in unsere politische Überzeugung nicht hineinpasst. Dabei können wir auch außer Acht lassen, dass es eine breite Diskussion in allen Gremien unserer Landespartei gegeben hat und sich die Betroffenen dieser schwierigen Diskussion gestellt haben. Der Genosse Helmut Holter (um den geht es hier nämlich in erster Linie, auch wenn es Peter Ritter war, dessen Satz den Stein des Anstoßes gab) hat damals die Gelegenheit genutzt seine Position genauer darzustellen und auch versucht, Missverständnisse zu beseitigen.

Der damalige Kreisvorstand fand es wesentlich sinnvoller, diese Diskussion im direkten Gespräch zwischen der Parteibasis und Hel-

mut zu führen. Die unterschiedlichen Positionen wurden im Offenen Blatt dargestellt. Insofern ist der Vorwurf der Zensur vollkommen unangebracht. Lediglich ein einzelner Brief, der nicht von einem Mitglied unseres Kreisverbandes stammte, wurde nicht im Offenen Blatt veröffentlicht. Dieser Brief hätte jedoch auch keine neuen inhaltlichen Impulse für diese Diskussion gegeben. Es ging auch nicht darum, den vorhergehenden Leserbrief von Karl Scheffsky nicht zu veröffentlichen. Wir hielten es nur nicht für sinnvoll, wenn ein Leserbrief seitenlang einen anderen Leserbrief zitiert und das Ganze am Ende nicht mehr lesbar ist und zu Missverständnissen führt. Deshalb wurde Karl gebeten, seine Ausführungen deutlich zu kürzen und es war auch kein Protest notwendig, damit sein Brief danach veröffentlicht wurde.

Eine Basiskonferenz des Landesverbandes sollte die Debatte um die Äußerungen des Genossen Helmut Holter abschließend führen und wurde in diesem Sinn auch beendet. Nun hat ein demokratisch gewählter Landespartei-

tag beschlossen, dass Helmut Holter unsere Partei in den nächsten Landtagswahlkampf führen soll. Die politischen Positionen, die Helmut seit vielen Jahren öffentlich auch im Namen unserer Partei vertritt waren dem Parteitag beim Treffen dieser Entscheidung sicher bekannt. Warum also wird diese personelle Entscheidung nun mit einer vorgeschobenen (inhaltlichen) Diskussion in Frage gestellt und wo ist die unterschiedliche ideologische Ausrichtung von Landes- und Bundesparteitag zu finden? In den Beschlusslagen beider Parteitage kann ich sie jedenfalls nicht erkennen. Die Wahl von Genossinnen und Genossen in führende Positionen, die unsere Partei in der Öffentlichkeit vertreten sollen, führt aus meiner Sicht nicht zu einer ideologischen Ausrichtung. Dafür hat unsere Partei programmatische Eckpunkte beschlossen und wird in den kommenden Monaten den Entwurf für das neue Parteiprogramm diskutieren. Wir würden gut daran tun, diese Diskussion nicht auf dem Rücken unserer Genossinnen und Genossen sondern in kulturvollem Umgang miteinander zu führen.

Dazu gehört auch, dem anderen zuzuhören und dann Entscheidungen von Mehrheiten in der Partei zu akzeptieren. Niemand in unserem Kreisverband hat ein Interesse daran, Diskussionen abzuwürgen. Es kann aber auch nicht sein, dass Diskussionen immer dann von neuem begonnen werden, wenn eine demokratische Wahlentscheidung getroffen wurde. Das beeinträchtigt zum einen unsere Handlungsfähigkeit und schadet unserer Glaubwürdigkeit. Es ist sicher einfach, von hinterer Reihe aus die Genossinnen und Genossen, die unsere Partei an vorderster politischer Front vertreten, für ihren Opportunismus zu kritisieren. Wenn es um das Aufhängen von Plakaten oder um das Gespräch am Infostand ging, war Helmut immer in erster Reihe dabei. Politische Grabenkämpfe, auf die sich manch anderer gern beschränkt, bringen uns aber nicht voran, sie erhöhen auch nicht unsere Glaubwürdigkeit. Das erreichen wir nur in der Diskussion miteinander und mit den Menschen in unserem Land. Deswegen sollte sich jeder, der Mitglied unserer Partei ist, bewusst sein.

**Stefan Schmidt**,  
Vorsitzender des Kreisvorstandes  
Schwerin der Partei DIE LINKE.

## Mit einer Wette in den »Heißen Herbst«

»Wetten, dass es mir gelingt, bis Ende September in mindestens 200 Städten und Gemeinden in Deutschland Leute zu bewegen, mit einem dicken »Sparpaket« mit der Aufschrift »Annahme verweigert« vor ihr jeweiliges Ortsschild zu ziehen und dann ein Foto zu machen und es mir zuzuschicken?«

So Klaus Jann, ein Genosse aus Wülfrath in NRW. Eine dort ansässige Unternehmerin setzt noch einen drauf und erklärte sich bereit, für jedes eingeschickte Foto 10,- Euro für die Aktion »Milch für Kubas Kinder« zu spenden.

Eine tolle Steilvorlage für uns, dachten sich Genossinnen und Genossen unseres Kreisverbandes aus der Weststadt, VVN-BdA und DIE BUNTEN und zogen gemeinsam mit einem »Sparpaket voller heißer



Luft« vor das Ortseingangsschild Schwerins zwischen Warnitz und Pingelshagen.

Mit der Unterstützung dieser Wette wollen wir ein Signal setzen, dass auch von Schwerin aus ein neuer Wind weht. Es gibt noch mehr Ortsschilder in unserer Stadt, so die Genossinnen und Genossen

aus der Weststadt. Eine gute Gelegenheit auch für andere Genossinnen und Genossen, auch die der Fraktion und des Kreisvorstandes, mit ihrer Beteiligung der Bundesregierung zu zeigen: Dieses Sparpaket ist falsch adressiert!

**Günther Nietschke und Torsten Müller**

## CSD in Schwerin

Am ersten Juli-Wochenende war es wieder so weit. Der Schweriner CSD fand seinen großartigen Abschluss, dieses Jahr erstmalig mit einer Parade durch die Stadt.

Während der gesamten CSD-Woche wehte am Rathaus die Regenbogenfahne. Die schwul-lesbischen Filmtage, zwei Classic-Konzerte, Aufklärungsveranstaltungen an Schweriner Schulen prägten das Bild der Woche. Ein besonderer Höhepunkt war die Kranzniederlegung an der Gedenkstätte »Die Mutter« zum Gedenken an die homosexuellen Opfer der Nazidiktatur, an der auch der Stadtpräsident der Landeshauptstadt Schwerin, Stephan Nolte, teilnahm.

Die erstmals durch Schwerin führende CSD-Parade war nach Ansicht der Organisatoren ein voller Erfolg. Trotz WM-Spiel unserer Nationalmannschaft versammelten sich über 200 Menschen zur Demonstration. Norbert Reinsch, Cheforganisator des CSD in Schwerin, machte deutlich worum es ging. »Komm raus – zeig Dich!«, unter diesem Motto sollte Menschen Mut gemacht werden, zu ihrer sexuellen Identität zu stehen und offen mit ihr umzugehen.



Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow auf dem Wagen der LINKEN

Dass DIE LINKE und die SPD einen gemeinsamen Wagen gestalteten, ärgerte nur die FDP und ein wenig auch die CDU. Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow (DIE LINKE) war von Anfang bis Ende beim Umzug dabei. Zuerst gemeinsam mit der Sozialministerin auf dem Wagen der AIDS-Hilfe und später auf dem Wagen der LINKEN. Dort wurde sie begleitet von CSD-Orgateam-Mitglied Peter Brill, stellv. Kreisvorsitzender Schweriner LINKEN, sowie Mitgliedern und Sympathisanten der LINKEN. Der Empfang für unsere Oberbürgermeisterin und Genossin war sehr herzlich.

In der anschließenden Podiumsdis-

kussion wurde DIE LINKE würdig durch den Landtagsabgeordneten Torsten Koplitz vertreten.

Zweifelsohne war aber die Gedenkminute an die HIV-Positiven und an AIDS verstorbenen Menschen der Höhepunkt des Straßenfestes. Pastor Kisch von der Petrusgemeinde fand bewegende Worte, die die Menschen auf dem Platz zur Ruhe und ins Gedenken führten. Als dann zum Läuten der Domglocken 370 schwarze und rote Luftballons von der Pfaffensteichfähre in den Himmel aufstiegen, war auf dem Platz die Ergriffenheit, das Gedenken und die Solidarität zu spüren.

**Peter Brill**

Am 12. September 2010 um 10.00 Uhr findet auf dem Platz der Opfer des Faschismus die **Gedenkveranstaltung zum Tag der Opfer des Faschismus** statt.

## 15. September 1935 – ein Tag der Schande

Am 15. September 1935, vor 75. Jahren, wurde die systematische Vertreibung

und Vernichtung der europäischen Juden durch die Verabschiedung der Nürnberger Rassengesetze eingeleitet.

Für uns ein Tag des Gedenkens an die Opfer des

## Herzliche Glückwünsche



Am 11. September feiert Genosse André Baunack seinen 50. Geburtstag. Von den Genossinnen und Genossen seiner Basisorganisation die aller herzlichsten Glückwünsche zu seinem Ehrentag.

Glückwünsche von den Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 120 erhalten nachträglich Genossin Hannelore Rohr zum 81. und Genosse Rainer Wilder zum 63. Geburtstag.

Dem Genossen Erwin Meyer nachträglich zum 78. und der Genossin Esther Böttger zum 58. Geburtstag die aller herzlichsten Glückwünsche von den Genossinnen und Genossen ihrer Basisorganisation. Die Stadtteilorganisation Krebsförden gratuliert herzlich Genossin Angelika Ruff am 20. August zu ihrem 58. Geburtstag.

Genossin Rita Luckow feierte am 18. August ihren 82. Geburtstag. Die Basisgruppe gratuliert ganz herzlich und wünscht Gesundheit und Wohlergehen.

## Danke, Genosse Willi Arndt, für eine nette Geste

Vor ein paar Tagen besuchte Genosse Willi Arndt die Geschäftsstelle, um für sich und seine Frau den Parteibeitrag zu bezahlen. Quittungen wurden korrekt ausgestellt, nur beim Zusammenrechnen klappte es nicht so ganz seitens des Geschäftsführers. (Leute sind hier aber auch beschäftigt!)

Etwas 40 Minuten später stand Genosse Arndt wieder in der Tür und brachte mir 10 Euro, um die ich mich verrechnet hatte. Es hatte ihm keine Ruhe gelassen, und so fuhr er gleich mit seinem PKW, kaum zu Hause in Friedrichsthal angekommen, wieder in die Geschäftsstelle. Manche denken jetzt sicher: eine Selbstverständlichkeit. Ich finde die Tatsache erwähnenswert und für mich war es an diesem Tag eine gemachte Erfahrung, über die ich mich sehr freute. Danke, Willi!

**Peter Templin**

Die nächste Ausgabe erscheint am **24. September 2010**

DIE LINKE. Schwerin - Kreisgeschäftsstelle  
Martinstraße 1/1a - 19053 Schwerin  
Tel.: 0385 / 7587454